

# Das Gerede von der Wissensgesellschaft

Kritik einer Akademikerideologie: Es ist ein Irrtum, dass sich Gesellschaften dadurch unterscheiden, ob und wie sehr sie auf Wissen angewiesen sind; eher zählt, wie sie Wissen kultivieren.

Von Caspar Hirschi

Angewiebig leben wir in einer Wissensgesellschaft. Wer in ihr reüßieren will, heißt es, muss in eine lange Grundausbildung, wiederholte Weiterbildungen und in Aktien von Bildungs- und Kommunikationsunternehmen investieren. Eine Nachhaltigkeitsstudie der Bank Sarasin hat 2011 den Befund erbracht: „Der Megatrend Wissensgesellschaft eröffnet Investitionschancen in den Bereichen Bildung und Kommunikationstechnik.“

Etwas weniger lukrativ dürften theoretische Investitionen in die „Wissensgesellschaft“ sein. Nähme man den Begriff als kategoriale Unterscheidung ernst, müsste man alle anderen Gesellschaftsformen der Gattung „Ignoranzgesellschaft“ zuordnen. Zwar würden die Gelehrten, die den Begriff kreiert und theoretisiert haben, eine solche Folgerung weit von sich weisen, der Sache nach aber haben es viele von ihnen genau so gemeint. Der Politikwissenschaftler Robert Lane, dem die Ehre des Begriffsschöpfers zufällt, hat die „knowledgeable society“ mit einer höheren Spezies bevölkert, die ihre „Vorstellungen vom Menschen, von der Natur und der Gesellschaft bis ins Tiefste ergründet“ und sich in ihrem Handeln „von objektiven Standards einer verifizierbaren Wahrheit“ leiten lässt. Nico Stehr wiederum, der die „Wissensgesellschaft“ in der Wissenschaft gesellschaftsfähig gemacht hat, rechtfertigt die Begriffswahl 1994 mit der „Durchdringung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche mit wissenschaftlichem Wissen“. Was Lane als szientistisch gewendeten Neuhumanismus begründet hat, hat Stehr um ein entsprechend umgebautes Zivilisierungsnarrativ ergänzt.

Tatsächlich erfüllt die Wissensgesellschaft für die Bildungselite des frühen 21. Jahrhundert die gleiche Funktion wie der Neuhumanismus für das Großbürgertum des frühen 20. Jahrhunderts. Sie ist eine Ideologie der herrschenden Klasse. Indem „Wissen“ von „wissenschaftlichem Wissen“ abgeleitet wird, kann der im akademischen Milieu akkulturierte und mit Bildungstiteln dekorierte Kopfarbeiter zum Idealmenschen unserer Zeit gekürt werden, und wenn genug Leute mit wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsmacht das Gerede glauben, wird der Wissensgesellschaftsdiskurs zur *self-fulfilling prophecy*.

Seine universitären Theoretiker haben es dann nicht nur geschafft, sich selbst zur zivilisatorischen Speerspitze zu erheben, sondern all jene, die in ihrem Leben eine Hochschule nur von außen gesehen haben, auf politisch korrekte Art zu „barbarisieren“. Gerade für den deutschsprachigen Raum, der sich im internationalen Vergleich weniger durch seine Hochschulen als durch sein duales Berufsausbildungssystem auszeichnet, ist das nicht nur eine gesuchte, sondern auch eine gefährliche Konstellation.

Sie haben sich selbst zur zivilisatorischen Speerspitze des Diskurse erhoben und auch noch alle Nichtakademiker auf politisch korrekte Art „barbarisiert“.

Sobald man unter „Wissen“ mehr versteht als nur wissenschaftlich gewonnene oder abgeleitete Erkenntnis, sobald man sich mit „Alltagswissen“ oder „Anwendungswissen“ befasst, erscheint die Behauptung, unsere Gesellschaft sei „wissensbasiert“, etwa so spezifisch wie die Feststellung, sie beruhe auf geschlechtlicher Fortpflanzung. Gesellschaften unterscheiden sich kaum dadurch, ob oder wie sehr sie auf Wissen angewiesen sind, sondern eher, welche Art von Wissen sie produzieren und wie sie dieses kultivieren und zirkulieren lassen. Anders als Begriffe wie Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, die auf der gleichen kategorialen Ebene angesiedelt und auf spezifische Merkmale eines Gesellschaftstyps bezogen sind, besitzt der Begriff der Wissensgesellschaft keine historische Trennschärfe.

Selbst Stehr räumt ein, Wissen sei als eine „anthropologische Konstante“ zu betrachten, und er überlegt sogar kurz, ob auch das biblische Israel zu den Wissensgesellschaften zu zählen sei; allein, die Überlegung lässt ihn nicht am heuristischen Nutzen des Begriffs zweifeln, sondern bestärkt ihn gerade darin, ihn

mit „Wissenshaft“ terminologisch kurzzuschließen.

Will man tatsächlich die Spezifik unserer Wissenskultur beschreiben, gelangt man leicht zu einem Kontrastbild dessen, was der Diskurs der „Wissensgesellschaft“ unterstellt. Niemand hat der Mensch so wenig von der Welt gewusst wie heute. Zu den Kennzeichen der Spätmoderne gehören Hyperspezialisierung und Innovationsbeschleunigung. Erstere führt dazu, dass Wissensproduzenten immer kleinere Parzellen auf immer größeren Feldern beackern, Letztere, dass die Halbwertszeit ihres aktuellen Wissens immer kürzer wird. Keiner der beiden Faktoren entlastet sie jedoch von der Auseinandersetzung mit Informationen außerhalb der eigenen Wissensparzelle. Im Gegenteil, je kleinteiliger und kurzfristiger Wissensproduzenten arbeiten, desto stärker sind sie den Kräften aus dem weiten Feld ihres Nichtwissens ausgesetzt.

In dieser Hinsicht befinden sich Wissenschaftler an Universitäten oder Programmierer in Softwarefirmen in einer ähnlichen Lage wie Spekulanten an der Börse. Was sie zum beruflichen Überleben brauchen, ist ein verlässlicher und zeitsparender Umgang mit Nichtwissen, wenn man will: eine hohe Ignoranzkompetenz. Überspitzt gesagt, ist in unserer Gesellschaft nicht nur auf der persönlichen Ebene die Organisation des Nichtwissens entscheidender als jene des Wissens.

Je spezialisierter Wissensproduzenten arbeiten, desto stärker sind sie den Kräften ihres eigenen Nichtwissens ausgesetzt.

Ein kompetenter und effizienter Umgang mit Nichtwissen ist rational schwer fassbar und schulisch schlecht vermittelbar. Seine Leitmotive sind Vertrauen und Misstrauen, Vorurteile und Vermutungen, Geschwindigkeit und Gespür, Herdenverhalten und Autoritätsgläubigkeit. Erschwerend kommt hinzu, dass der Informationsfluss in der hyperspezialisierten Wissensproduktion über weite Strecken medialisiert ist, so dass Wissensproduzenten nicht darum herumkommen, für die Informationen, die sie benötigen, intellektuellen Kredit an Individuen und Institutionen zu vergeben, die sie persönlich nicht kennen. Bildungstitel und Zertifikate aller Art bieten sich für solch eilig-virtuelle Entscheidungsabläufe als Orientierungshilfen an, und ihr gegenwärtiger Boom dürfte daher weniger mit einer höheren Wertschätzung von Wissen als mit einem gestiegenen Bedarf nach Ignoranzkompensation zurückzuführen sein.

In einer Wissenskultur, deren Informationsströme vom Vertrauen und Misstrauen Nichtwissender gelenkt werden, ist Glaubwürdigkeit das höchste Gut. Sie ist zugleich eine epistemische und eine moralische Kategorie, und sie hat die Eigenschaft, dass sie nur langsam erworben werden kann, aber schnell verspielt ist. Letzteres gilt für Individuen wie für Institutionen. In einer medialisierten Vertrauensökonomie genügt ein prominenter Plagiatsfall, um die Glaubwürdigkeit einer ganzen Universität zu erschüttern. Der Erwerb und Verlust von Glaubwürdigkeit folgt keinen klaren Regeln, und je nach Wissensfeld sind andere Faktoren im Spiel.

Allgemein dürfte jedoch gelten, dass nur Glaubwürdigkeit erwerben kann, wer Aufmerksamkeit erregt, ohne nach Aufmerksamkeit zu heischen. Die intuitive, aber löchrige Logik dahinter lautet: Wer um seine Person ein Aufheben macht, kann nicht um der Sache willen handeln. Dies legt ein konservatives, an der bestehenden Vertrauensökonomie orientiertes Verhalten nahe, das bei allen Veränderungen der Informationsströme und Informationskanäle Stabilität simuliert. Von Vorteil sind die Zugehörigkeit zu einer Institution mit hoher Reputation („credibility by association“), der Besitz anerkannter Bildungs- und Fachtitel („credibility by certification“), oder das Bekleiden einer vertrauenerweckenden Rolle („credibility by imitation“).

In einem medialisierten Glaubwürdigkeitsmarkt fällt es leicht zu täuschen, und zwar nicht nur andere, sondern auch sich selbst. Je komplexer das Netzwerk von Vertrauensbeziehungen ist, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass viele Beteiligten nicht einmal ansatzweise wissen, was sie tun. Um weiterhin vertrauen zu können, werden sie sich ihres Unwissens auch nicht vergewissern wollen. Damit schaffen sie perfekte Voraussetzungen für ein Systemversagen. Tritt es ein, ist das Vertrauen allseits erschüttert, viele werden weiser und kaum jemand klüger.

Will man den aktuellen Zustand unserer vermeintlichen „Wissensgesellschaft“ beschreiben, könnte man von einer Glaubengemeinschaft sprechen, die ihre Glaubensgrundlage – das Vertrauen in das Wissen der anderen – verloren hat, aber nicht anders kann als sich am zerrütteten Glauben festzuklammern. Deshalb können Ratingagenturen ihre Glaubwürdigkeit verspielen und ihren Einfluss behalten. Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist nicht in Sicht.



Berühmteste Universallbibliothek für die Gelehrtenrepublik: Der typische Leser ist gut ausgebildet, aber arm.

Foto Tetra

## Eiszeit für die New York Public Library

Es droht die feindliche Übernahme durch das Unternehmensberatertum

Der Streit um die Zukunft der New York Public Library (F.A.Z. vom 26. Juni) geht weiter. Die Direktion will die Magazine des Hauptgebäudes an der 42. Straße, die sich – Weltwunder der Bauingenieurskunst und Gegenstück zu den Hochhäusern – sieben Stockwerke tief in den Boden unter dem Lesesaal bohren, durch Räume für die zentrale Stadtbücherei von Manhattan ersetzen. Ihrem Namen zum Trotz ist die New York Public Library, gegründet 1895, eine wohlthätige Anstalt privaten Rechts – mit einer doppelten Mission. Sie unterhält einerseits das öffentliche Bibliothekswesen in den Stadtbezirken Manhattan, Bronx und Staten Island und andererseits eine Universallbibliothek für die Gelehrtenrepublik. Die siebenundachtzig Zweigbibliotheken sind für den Leihverkehr da; die im Hauptgebäude verwahrten Bücher müssen im Lesesaal studiert werden.

Am Nebeneinander von Leihbücherei und Präsenzbibliothek soll sich nichts ändern – nur dass die Mehrheit der Bücher der Forschungsbibliothek im Hauptgebäude nicht mehr präsent sein wird. Die weniger oft bestellten Titel sollen in Princeton im Nachbarstaat New Jersey gelagert werden. Derzeit dauert es im Schnitt zwanzig Minuten, bis ein Buch im Lesesaal ankommt. Die Direktion verspricht, dass alle ausgelagerten Bücher innerhalb von 24 Stunden bereitgestellt werden. Das Lager in Princeton wird heute schon genutzt – Wartezeiten von drei Tagen sind angeblich keine Seltenheit. Finanzierer will man die Entkernung des Hauptgebäudes, mit der ohne öffentlichen Wettbewerb der englische Architekt Norman Foster beauftragt wurde, durch den Verkauf der Gebäude der Zentralbücherei von Manhattan auf der anderen Seite der Fifth Avenue sowie einer Spezialbibliothek an der 34. Straße.

### Unliebsame Blogeinträge

Der Clou: die Spekulation auf einen Überschuss. Die durch die Zusammenlegung der drei Standorte zusätzlich verfügbaren Mittel werden mit zwölf Millionen Dollar im Jahr angegeben; eingerechnet sind allerdings fünf Millionen erhoffter neuer Spenden – eine Variante des „Billbao-Effekts“ der Wirtschaftsförderung durch spektakuläre Neubauten. Robert Darnton, Historiker des Buches und Oberbibliothekar der Harvard-Universität, hat den Plan als Mitglied des Stiftungsvorstands der New York Public Library in der „New York Review of Books“ verteidigt. In der neuesten Ausgabe nehmen drei Kritiker Stellung: die Historikerin Joan Scott, die den von Hunderten bekannter Autoren unterzeichneten Protestbrief auf den Weg gebracht hat, der Essayist Caleb Crain, dem die Bibliothek wegen unliebsamer Blogeinträge die Mitwirkung in einem Leserbeirat verwehrt, und Charles Petersen, Redakteur der in Brooklyn ansässigen Literaturzeitschrift „n+1“.

Petersen hat in seiner eigenen Zeitschrift einen investigativen Aufsatz publiziert, für den er mehr als fünfzig Angestellte der Bibliothek befragt hat, die für den Umbau zuständigen Manager ebenso wie pensionierte Fachreferenten. Mitten in der New Yorker Sommerhitze beschwört Petersen eine über den von zwei Marmorlöwen bewachten Leserpalast im Bryant Park hereinbrechende Eiszeit: „Lions in Winter“ heißt sein Artikel. Petersen stellt das Umbauvorhaben in den Zusammenhang strategischer Entscheidungen der jüngeren Zeit und zeichnet das Bild einer feindlichen Übernahme durch das Unternehmensberatertum.

Die Beraterfirmen McKinsey und Booz Allen haben die Bibliothek evaluiert und erwartungsgemäß beklagt, dass das marktwirtschaftliche Denken bei den Bibliothekaren unterentwickelt sei. Eine Empfehlung war die Einrichtung einer Abteilung für Strategieplanung: Das Beraterwissen muss nun nicht mehr eingekauft werden: Die Abteilungsleiterin Micah May kommt von McKinsey. 2008 wurde der Lesesaal für Slawistik geschlossen und die Stelle des zuständigen Referenten gestrichen. Die Bibliothek gab ein Sonder-sammelgebiet preis, auf dem sie von Anfang an Weltmarktführer gewesen war, mit Erwerbungen wie der Bibliothek der Zarenfamilie und Lesern wie Trotzki und Nabokov. Wie bei Lehrstühlen oder ersten Pulten in Spitzenorchestern sind den Stellenbezeichnungen der Fachbibliothekare Eigennamen von Mäzenen vorangestellt, weil diese Stellen aus speziellen Stiftungsmitteln dotiert werden. Der Topf, aus dem der Referent für Orientalistik bezahlt wurde, dient jetzt der Alimentierung der für „Sammlungsentwicklung“ verantwortlichen Managerin.

Viele Fachbibliothekare sind seit 2008 vorzeitig ausgeschieden und haben eine Vereinbarung unterschrieben, nach der sie sich nicht abfällig über die Bibliothek äußern dürfen. Petersen zitiert diese Hüter des institutionellen Gedächtnisses anonym. Er hat bei ihnen keine sentimentale Anhänglichkeit an obsoleete Umständlichkeiten angetroffen. Die pensionierten Spezialisten für Informationserschließung seien immer noch am besten über die neuesten Methoden der Online-Recherche informiert. Nicht die Vernachlässigung des gedruckten Buches machten sie der Direktion zum Vorwurf, sondern die Vernachlässigung der Forschung.

Petersen hat die – gebunden in der Bibliothek einsehbaren – Haushaltspläne studiert, um die Budgetpolitik hinter den von der Direktion beschworenen finanziellen Sachzwängen freizulegen. Der Etat der Forschungsbibliothek lag 2010 bei 124 Millionen Dollar und damit in realen Termini doppelt so hoch wie in den siebziger Jahren. Während die Personalkosten für die Angestellten außerhalb der Bibliothekarslaufbahn explodiert sind, ist der An-

schaffungsetat nicht mitgewachsen und neuerdings sogar rückläufig. Darnton stellt in Aussicht, die Renovierung werde Mittel für Anschaffungen in den Sozialwissenschaften freisetzen. Von den beiden für Sammlungsentwicklung und Sammlungsstrategie zuständigen Managerinnen hat Petersen dagegen erfahren, dass Ankäufe in den Fächern Kriminologie, Pädagogik und Psychologie eingestellt worden sind. „Wir müssen unsere Sammlungen in die Form bringen, von der unsere Benutzer etwas haben. Daher Genealogie, aber vielleicht keine Wirtschaftswissenschaft für Fortgeschrittene.“

### Der Witz einer Präsenzbibliothek

Leser, die in Krisentagen gerade an neuerer ökonomischer Theorie interessiert sind, können nicht in die Bibliotheken der örtlichen Exzellenzuniversitäten ausweichen, weil dort nur Universitätsangehörige Benutzer ausweise erhalten. Zwar gibt es seit neuestem eine Abmachung, die einzelnen Benutzern der Public Library die Ausleihe in den Bibliotheken von Columbia und New York University ermöglicht. Aber diese Kooperation ist ein Systembruch, da die Benutzer der Universitätsbibliotheken im Gegenzug Ausleihrechte an der 42. Straße erhalten. Der Witz einer Präsenzbibliothek ist, dass nicht nur die Bücher anwesend sein müssen, sondern auch die Leser. Das Horten von Büchern unter Ausnutzung professoraler Verlängerungsprivilegien ist in der New York Public Library nicht möglich.

Der Lesesaal, zu dem jedermann ohne Nachweis akademischer Qualifikationen Zutritt erhält, dient einer demokratisch aufgefassten Forschung in der Tradition des Pragmatismus: Nicht nur der Privatgelehrte, der Stammtafeln konsultiert, betreibt „research“ im Sinne des Stiftungszwecks, sondern auch der Leserbriefschreiber. Der typische Stammleser ist, wie eine Bibliothekarin zu Petersen sagte, „gut ausgebildet, aber arm“.

Der Historiker David A. Bell von der Universität Princeton gibt in der „New Republic“ zu bedenken, die Digitalisierung der Buchbestände werde Magazine unter dem Lesesaal bald entbehrlich machen. Petersen weist demgegenüber darauf hin, dass E-Book-Lizenzen für die New York Public Library mit ihren 1,9 Millionen Benutzerkarteneinhabern viel teurer sind als für Universitätsbibliotheken. Die Kritiker des Umbauprojekts schlagen vor, nur eines der beiden zur Aufgabe vorgesehenen Zweiggebäude zu verkaufen, um mit dem Erlös das andere zu sanieren. Es stimmt bedenklich, dass auch Darnton dieser Idee den Vorzug gäbe – wären die Zuschüsse der Stadt nicht an den Umbau des Hauptgebäudes gebunden. Bei einer öffentlichen Diskussion im Mai hatte es der Bibliotheksdirektor Anthony Marx auf Nachfrage immerhin vorstellbar genannt, neue Verhandlungen mit dem Bürgermeister aufzunehmen. PATRICK BAHNERS

## Gestern gut, heute falsch

Exzellenzinitiative ohne Nachhaltigkeit

Je länger die Entscheidung in der letzten Runde der Exzellenzinitiative zurückliegt, desto mehr zeigt sich, dass sich die Politiker bei der Entscheidung zwar zurückgehalten haben, um das Verfahren so wissenschaftsgeleitet wie möglich erscheinen zu lassen. Die Wissenschaftler in den Wissenschaftsorganisationen aber haben dafür umso mehr Politik gemacht. Das gilt nicht nur für die unterschiedlich zusammengesetzten Gutachtergruppen, die auch ganz verschiedene Maßstäbe anlegten, ohne dass es eine ausreichende Koordination gegeben hätte. Offenbar hatte sich der Wissenschaftsrat vorgenommen, bei den Zukunftskonzepten, die in seiner Zuständigkeit lagen, möglichst unterschiedliche Universitäten zum Zuge kommen zu lassen. Niemand sollte mehr glauben können, dass Traditionsuniversitäten ohnehin die besseren Ausgangschancen hätten und auch nicht solche, die jedermann für „gesetzt“ hielt.

Also mussten Freiburg, Göttingen und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) über die Klinge springen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) indessen wollte möglichst viele Exzellenzcluster und Graduiertenschulen zum Zuge kommen lassen, um der Exzellenzinitiative den Anschein des Elitären zu nehmen. Die Folgen bekommen jetzt alle zu spüren, vor allem aber diejenigen, die den Verlust des Exzellenzstatus zu verkraften haben. Wer beim Zukunftskonzept, der dritten Förderlinie, durchgefallen ist, konnte sich zumindest über die Förderung von Clustern und Graduiertenschulen freuen. Doch wenige Tage nach der Entscheidung wurden alle Beteiligten mit der Feststellung konfrontiert, dass die Stücke des Kuchens dieses Mal etwas kleiner ausfallen werden – und zwar unabhängig von beantragten Geldern und Forschungsprojekten.

So ist es keine Seltenheit, dass Graduiertenschulen und Cluster, die wieder bewilligt wurden, mit Kürzungen von achtzehn bis zweiundzwanzig Prozent zurechtkommen müssen, neu beantragte Cluster sogar mit dreißig Prozent. Einbußen von dreißig Prozent sind für eine Universität keine Bagatelle. Dabei können leicht drei Millionen Euro Overhead-Finanzierung verlorengelassen. Hinzu kommen die entsprechenden Kürzungen bei der Kofinanzierung durch das jeweilige Bundesland. Offenbar denkt auch bisher keines der Länder, die sonst Forschung und Hochschulpolitik hochhalten, daran, zumindest die Kofinanzierung nicht zu kürzen.

Die Freude der Universitäten über bewilligte Forschungsprojekte und geradezu euphorische Gutachten ist dadurch nicht nur getrübt, sondern hat unmittelbare Folgen für die Arbeit der nächsten fünf Jahre: Je nach Höhe der Kürzung werden kleinere oder größere Teile des Forschungsantrags nicht verwirklicht, möglicherweise schon ausgeschriebene Stellen nicht besetzt werden. Das wiederum hat Folgen für die Bewertung der Arbeitsergebnisse in fünf Jahren. Dann wird das große Heulen und Zähneklappern in den Universitäten einsetzen und die Bettelei beim Bund beginnen, von dem man sich Weiterfinanzierung erhofft.

Insofern kann es auch von Vorteil sein, wenn sich renommierte Forschungseinrichtungen wie das Freiburger Institute for Advanced Studies (Frias),



Das Frias: Wirkungslos für die Freiburger Universität?

Foto Marcus Kaufhold

das vor den Augen der Gutachter nicht bestehen konnte, ihre Fortexistenz schon jetzt sichern müssen. Zu den Iro-nien der Exzellenzgeschichte gehört freilich, dass dieser für Geistes- und Sozialwissenschaften begehrte Ort dieses Mal just an dem Argument scheiterte, dass seinerzeit Grund für die Förderung war. Dieses Mal konnten die Gutachter nicht erkennen, wie man das Frias zu einem internen Instrument der Universitätstentwicklung gemacht hat; bei der Bewilligung im Jahre 2007 waren sie der festen Überzeugung, dass es nicht zu einem Selbstbedienungsladen für die Freiburger Fakultäten werden dürfte, also in nicht zu großer Nähe zur Universität arbeiten sollte. Die vielbeschworene Nachhaltigkeit sieht anders aus. HEIKE SCHMOLL